big
bielefeldgrün Ausgabe OKTOBER 2014

Flucht und Vertreibung

Weichen in Bund und Land stellen
Flüchtlinge willkommen in Bielefeld
Mit Spenden helfen
Mehrheit im Rat gesucht
Aktuelles aus Bund und Land

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ich gestehe: Mir fehlen die Worte. Und das ist ziemlich schlecht, um ein Editorial zu schreiben. Aber ich bin sicher nicht allein sprachlos. Denn Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien werden demnächst als „sichere Herkunftsstaaten" gelten. Dann haben Flüchtlinge aus diesen Ländern keine Chance mehr auf Asyl. Egal, wie sehr sie gelitten haben, verfolgt und diskriminiert wurden. Die Asylrechtsänderung ist gerade durch den Bundesrat gegangen – unter maßgeblicher Beteiligung des GRÜNEN Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, der auf Verbesserungen durch das Gesetz verweist: Flüchtlinge und Geduldete sollen sich freier bewegen können, Arbeit annehmen dürfen und öfter Geld statt Gutscheine bekommen.

Die NRW-GRÜNEN haben diese Gesetzesänderung nicht mitgetragen, sondern kritisiert als Symbolpolitik auf dem Rücken von Flüchtlingen. Eine Politik, die Menschen aus dem Westbalkan stigmatisiert und zu Flüchtlingen zweiter Klasse degradiert. Jenseits dieser Kritik ist aber jetzt Hilfe für Flüchtlinge gefragt vom Bund, vom Land NRW und von der Stadt Bielefeld. Denn in diesem Sommer sind so viele Menschen wie schon lange nicht mehr geflohen. Allein in Syrien und dem Nordirak haben Millionen Menschen ihre Heimat verlassen, um sich in Sicherheit zu bringen. Leider kommen, wegen Frontex, die wenigsten zu uns durch!

Alles spricht also dafür, diese „big" dem Thema „Flucht und Vertreibung" zu widmen und Worte zu finden: Wie GRÜNE sich in der Landesregierung für höchstmögliche Standards bei der Flüchtlingsaufnahme einsetzen. Wie es die Situation von Flüchtlingen in unserer Stadt bestellt ist. Und was sich hinter der Aktion „Bielefeld hilft Flüchtlingen aus dem Nordirak" verbirgt.

Mit all den Themen um „Flucht und Vertreibung" hätten wir viele „big"s füllen können. Ein bisschen Platz haben wir aber freigeschaufelt, denn seit der letzten „big" ist einiges passiert: Die GRÜNEN Bezirksvertreter*innen haben ihre Arbeit aufgenommen. Die Ratsausschüsse und Gremien sind besetzt. Und unsere Sondierungsgruppe hat mit den anderen Ratsfraktionen und Gruppen in vielen Gesprächsrunden verhandelt. Mit welchem Ergebnis? Einfach die „big" aufschlagen und lesen.

Für die Redaktion
Silvia Bose

Inhaltsverzeichnis

Magazin
GRÜNER Zuwachs 3

Titel: Flucht und Vertreibung
Konflikte - Krisen - Flucht
von Britta Haßelmann 4
NRW schützt Menschen in Not
von Matthi Bolte 5
Flüchtlinge willkommen in Bielefeld
von Klaus Rees 6
Bielefeld hilft Flüchtlingen aus dem Nordirak
Spendenaufruf 7

Ratsmehrheit gesucht
Dieser Weg wird kein leichter sein
von Jens Julkowski-Keppler 8
Ausschussbesetzungen
Alle „Mann" an Bord
von Jens Julkowski-Keppler 9
Bezirksmeldungen
Gadderbaum, Mitte, Heepen,
Jöllenbeck 10
Kommunale Splitter
Aus für Primus-Schule, Integration ohne Amt,
Ehemalige Stadtbibliothek 11
Die Gastro-App
Auf dem Teller alles im grünen Bereich?
von Anja Ritschel 13
Berlin-Splitter
Bundeshaushalt 2015 & Maut-Debakel
von Britta Haßelmann 14
Mensch Matthi
Kurzbericht aus Düsseldorf: Hochschulzukunftsgesetz, Ökologisches Jagdgesetz, Kulturfördergesetz
von Matthi Bolte 15
Termine 16

Impressum:

Herausgeber: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Bielefeld
Wahlkreisbüro Britta Haßelmann (MdB)
Wahlkreisbüro Matthi Bolte (MdL)
alle: Kavalleriestr. 26, 33602 Bielefeld,
Ratsfraktion, Niederwall 25, 33602 Bielefeld
Redaktion: Silvia Bose, Gaby Grosser, Michael Gorny, Klaus Rees, Wiebke Vetter, Claudia Heidsiek
Druck: anzeigen&mehr
Fotos: fotolia und privat

Grüner Zuwachs

Im Magazin informieren wir Euch immer gerne über Aktuelles und Besonderes. Ganz besonders gerne stellen wir Euch deshalb an dieser Stelle unseren GRÜNEN „Zuwachs" vor - unsere neue Kreisgeschäftsführerin Lisa und Matthis neuen Mitarbeiter Michael. Doch lassen wir sie am besten selbst zu Wort kommen ...

Lisa Waimann

Liebe big-Leser*innen,
liebe Bielefelder GRÜNE,

nun steht es fest: Ab Mitte Oktober werde ich Marianne als Kreisgeschäftsführerin nachfolgen. Eine Aufgabe, auf die ich mich sehr freue und auf die ich schon jetzt sehr gespannt bin!

Ich bin 1987 in Bielefeld geboren, in Senne aufgewachsen und besuchte die Gesamtschule Rosenhöhe. Mittlerweile lebe ich mit meinem Mann und unserer zweijährigen Tochter im Bielefelder Zentrum.

Schon lange bewegen und beschäftigen mich grüne Kernthemen, insbesondere Umweltschutz und Gleichstellungspolitik. Mein Wunsch, mehr über gesellschaftliche Strukturen und „Selbstverständlichkeiten" zu erfahren und dazu beizutragen, sie zu ändern, führte mich zu meinem sozialwissenschaftlichen Studium. So beendete ich (nach einem Ausflug in Pädagogik und Germanistik) 2012 meinen Bachelor in Politikwissenschaft an der Uni Bielefeld und stehe nun vor dem Abschluss des interdisziplinären Masterstudiengangs Gender Studies.

Während meines Studiums engagierte ich mich für die **grüne hochschulgruppe*offene liste** (ghg*ol) u.a. in Studierendenparlament und universitären Kommissionen. Im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) war ich Vorsitzende sowie Referentin für Hochschul- und Bildungspolitik. Toll, dass ich nun nicht nur privat, sondern auch beruflich meine Zeit in politische Arbeit investieren kann! Es ist mir eine Herzensangelegenheit, mein kleines Stückchen zu einer offenen, kritischen und naturschützenden Gesellschaft beizutragen. Die kommunalpolitische Ebene ist für mich hier von größter Bedeutung, da ein „kurzer Draht" zu den Menschen besteht und die politische Arbeit hier produktiv ansetzen kann.

Ich bin gespannt auf neue Gesichter und produktive Gespräche – ich freue mich sehr auf die gemeinsame Arbeit mit Euch in der Bielefelder Kommunalpolitik!

Herzliche Grüße, Lisa

Michael Basten

Liebe Freundinnen und Freunde,

mein Name ist Michael Basten und ich arbeite seit Anfang August im Wahlkreisbüro von Matthi Bolte. Ich bin also der Nachfolger von Jens Heuermann, der als Kreisgeschäftsführer nach Herford abgewandert ist. Ich bin 32 Jahre alt, seit letztem Sommer mit meiner Frau Magdalena verheiratet und stolzer Vater unserer fast dreijährigen Tochter Milla.

Anfang des Jahres habe ich an der Universität Bielefeld mein Soziologiestudium abgeschlossen. Als ich meine Diplomurkunde in der Tasche hatte, schoss mir unweigerlich die Frage in den Kopf „Was nun?". Diese Frage kann einen schon hart treffen, wenn man so lange wie ich im Elfenbeinturm der Wissenschaft verweilte.

Durch mein Praktikum bei den GRÜNEN hatte ich die Antwort auf diese Frage schnell gefunden. Meine Entscheidung dafür kam nicht von ungefähr. Ich bin von Grund auf ein politischer Mensch und identifiziere mich mit den Werten und Zielen GRÜNER Politik. So bin ich also im Frühjahr mitten im Europa- und Kommunalwahlkampf des Kreisverbandes Bielefeld gelandet. Das Planen von Veranstaltungen, das Führen von inhaltlichen Debatten und die Tatsache, jeden Tag etwas Neues zu lernen, haben mich fasziniert, so dass mein Entschluss bei den GRÜNEN Fuß zu fassen, auf der Hand lag. GRÜNE Politik macht mir einfach Spaß.

Daher freue ich mich sehr, nun in Matthis Wahlkreisbüro zu arbeiten und weiterhin GRÜNE Politik unterstützen und mitgestalten zu können. Das finde ich spannend und ich kann mir gar nicht vorstellen, dass es mal langweilig werden könnte. Ich freue mich auf eine intensive und produktive Zusammenarbeit mit Euch.

Euer Michael

Flucht und Vertreibung

Menschenrechtsverletzungen, Krisen und Konflikte treiben Millionen Menschen in die Flucht. Um die Ursachen von Flucht und Vertreibung kümmert sich die Bundesregierung wenig. Dabei sind Strategien gefragt: Für eine Flüchtlingskonferenz von Bund, Ländern und Kommunen plädiert Britta Haßelmann (MdB). Matthi Bolte (MdL) schildert die großen Herausforderungen im Land NRW und Klaus Rees (Ratsfraktion) die Situation in die Bielefeld.

NRW schützt Menschen in Not

Weltweit sind in diesem Sommer so viele Menschen auf der Flucht, wie schon lange nicht mehr. Sie werden in ihren Heimatländern bedrängt und fliehen vor Kriegen. In Deutschland suchen sie Schutz. Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam daran arbeiten, dass sie diesen Schutz vor Ort in menschenwürdigen Verhältnissen

von Matthi Bolte

In diesem Jahr ist in Deutschland mit der Ankunft von 200.000 Flüchtlingen zu rechnen. In den Medien ist oft von „Flüchtlingsströmen" zu lesen. Diese Rhetorik sollten wir jedoch vermeiden. In den 90er Jahren hatten wir mit 400.000 Flüchtlingen pro Jahr eine noch viel intensivere Aufgabe, die zeigt, dass die Versorgung der aktuellen Zahl an Flüchtlingen durchaus machbar ist. Dennoch müssen wir die aktuelle Lage ernst nehmen. Von den 200.000 Flüchtlingen bundesweit, kamen und kommen etwa 70.000 pro Jahr nach NRW.

Nach einem deutlichen Rückgang der Flüchtlingszahlen haben viele Kommunen im vergangenen Jahrzehnt ihre Kapazitäten für die Erstaufnahme reduziert. Jetzt, da mehr Flüchtlinge in NRW ankommen, stehen die Kommunen gemeinsam mit dem Land vor großen Herausforderungen, geeignete Räume zu finden, um die Erstaufnahme abwickeln zu können, bevor die Flüchtlinge auf die Kommunen verteilt werden. Als rot-grüne Koalition haben wir hier klargemacht: Wir wollen höchstmögliche Standards in der Flüchtlingsaufnahme halten. Das ist derzeit nicht einfach und oft sind kurzfristige Lösungen vor Ort gefragt. Zeltstädte, wie sie etwa in Duisburg geplant (bzw. sogar schon aufgebaut) waren, genügen aber unseren Ansprüchen nicht.

Doch es gibt auch Positivbeispiele: Leverkusen, Köln und Wuppertal haben bereits vor Jahren Konzepte entwickelt, wie die Flüchtlinge möglichst schnell aus Heimen in Wohnungen untergebracht werden können. Diese Lösung ist integrationspolitisch, aber auch finanziell sehr sinnvoll und sollte von anderen Kommunen nach Möglichkeit ebenfalls realisiert und in langfristigen Konzepten festgeschrieben werden.

NRW stellt sich dieser Aufgabe – auch finanziell. Die Intensivierung der Bemühungen unserer Landesregierung lässt sich in Zahlen messen: Hat NRW im Jahr 2010 noch 53 Mio. Euro für Flüchtlinge investiert, so waren es 2014 bereits über 208 Mio. Euro. Auch 2015 steigen die Ausgaben noch einmal um 37% auf über 286 Mio. Euro.

Letztlich ist es jedoch die Aufgabe des Bundes, das Aufenthaltsrecht menschenwürdig zu gestaltet. Während NRW für die Erstaufnahme zuständig ist und die Kommunen für die weitere Unterbringung, trägt der Bund mit der Reform des Aufenthaltsrechts eine große Verantwortung. Eckpunkte eines menschenwürdigen Aufenthaltsrechts sind eine wirksame Bleiberechtsregelung, damit sich die Flüchtlinge integrieren können und die vollständige Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, das bislang unter anderem nur eine Notversorgung bei der Gesundheitsversorgung garantiert. Auch das Arbeitsverbot und die Vorrangregelung, nach der Arbeitgeber*innen zunächst prüfen müssen, ob nicht EU-Bürger*innen die Arbeit übernehmen können, müssen vollständig abgeschafft werden.

Im Zusammenhang mit der Ausweitung der Regelung zu den sogenannten sicheren Herkunftsstatten auf Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina haben sich die GRÜN mitregierten Länder auf einen gemeinsamen Verhandlungskurs mit der Bundesregierung verständigt. Bedingung für ein akzeptables Verhandlungsergebnis wären substanzielle Fortschritte im Interesse der Betroffenen für eine Stärkung der Flüchtlingsrechte und bessere Integrationsmöglichkeiten gewesen. Zudem sollten die Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung deutlich entlastet und Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft werden.

Dazu war die Bundesregierung nicht bereit. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat dem Gesetz daher nicht zugestimmt. Das Gesetz ist und bleibt Symbolpolitik von CDU und SPD auf dem Rücken der Flüchtlinge aus dem Westbalkan.

Der Autor ist Landtagsabgeordneter

Konflikte – Krisen – Flucht

Kein Tag vergeht, in dem uns nicht Berichte von irgendwo in der Welt über Krisenherde und Katastrophen erreichen. Die Dichte der internationalen Konflikte und Krisen treibt uns alle um. Außen- und Europapolitik und das Elend von Menschen auf der Flucht bestimmen die Nachrichtenlage seit Monaten und nehmen uns alle mit. Zentralafrika, Mali, Südsudan, die Ebola-Krise, die Entwicklung im Nahen Osten, die fragile Situation in Afghanistan, die Ukraine und die dramatische Lage in Syrien und Nordirak beschäftigen uns sehr.

von Britta Haßelmann

Kein Tag vergeht, in dem uns nicht Berichte von irgendwo in der Welt über Krisenherde und Katastrophen erreichen. Die Dichte der internationalen Konflikte und Krisen treibt uns alle um. Außen- und Europapolitik und das Elend von Menschen auf der Flucht bestimmen die Nachrichtenlage seit Monaten und nehmen uns alle mit. Zentralafrika, Mali, Südsudan, die Ebola-Krise, die Entwicklung im Nahen Osten, die fragile Situation in Afghanistan, die Ukraine und die dramatische Lage in Syrien und Nordirak beschäftigen uns sehr.

Der Vormarsch der radikalislamischen ISIS im Nordirak und Syrien ist grausam und menschenverachtend. Er führt zu einer humanitären Katastrophe mit unzähligen Toten und Hunderttausenden von Flüchtlingen. Mittlerweile befinden sich 1,7 Millionen Menschen auf der Flucht. Einfach unvorstellbar für uns in unserem wohleingerichteten Leben hier vor Ort. Es fehlt den Menschen an allem, sie werden vertrieben und getötet. Frauen und Mädchen werden verschleppt und vergewaltigt. Tausende Jesiden konnten nur durch die militärische Nothilfe der USA und kurdischer Kräfte aus dem Shingal-Gebirge befreit werden.

Deutschland hat sich an dieser Stelle für eine Unterstützung durch Waffenlieferungen und humanitäre Hilfe ausgesprochen. Über die Frage, ob Waffenlieferungen das richtige Mittel sind, gab es einen Dissens im Parlament und auch unterschiedliche Auffassungen in unserer Fraktion. Die GRÜNE Fraktion hat mit breiter Mehrheit der von der Bundesregierung beschlossenen Waffenlieferung, nicht zugestimmt.

Allen ist klar, dass angesichts der extremen Bedrohung der Zivilbevölkerung ein gemeinsames Vorgehen im Sinne der Schutzverantwortung der Vereinten Nationen (VN) überfällig ist. Eine Gesamtstrategie der VN und der politische Prozess im Irak müssen intensiv weiter begleitet werden. Dazu gehört auch, den Irak materiell zu unterstützen. Wir halten eine deutliche Aufstockung der humanitären Hilfe für notwendig. Die im Entwurf zum Bundeshaushalt 2015 vorgesehene Kürzung des Ansatzes „Humanitäre Hilfe“ um fast 40 Prozent ist angesichts der Konfliktherde nicht vertretbar.

Wir müssen bereit sein, deutlich mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Gemeinsam mit den NGOs, den Kirchen und vielen weiteren Akteuren sollten wir dafür einstehen und werben. Wir dürfen uns hier und in Europa nicht weiter abschotten. Kriege, Verfolgung, Vertreibung und Klimaveränderungen zwingen viele Menschen zur Flucht – nicht nur in Syrien und im Nordirak. Wir sind aber nicht nur bei der Aufnahme von Flüchtlingen und humanitärer Hilfe gefordert. Wir brauchen eine Entwicklungspolitik, die die Überwindung von Armut mit der Stärkung der Menschenrechte und dem Schutz der Umwelt und Lebensgrundlagen vereint. Auch darüber sollten wir diskutieren.

Aktuell hat am Freitag letzter Woche der Bundesrat das Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als „sichere“ Herkunftsstaaten verabschiedet. Bundesvorstand, Parteirat und GRÜNE Regierungsvertreter*innen aus den Ländern haben gemeinsam über das Abstimmungsverhalten beraten. Das Verhandlungsangebot der Bundesregierung wurde unterschiedlich bewertet. Die Bundestagsfraktion hatte den Gesetzentwurf im Bundestag abgelehnt. Sechs von sieben grünmitregierten Ländern haben dem Gesetz im Bundesrat nicht zugestimmt.

Angesichts erreichter Verbesserungen bei Residenzpflicht und Arbeitsaufnahme stimmte Baden-Württemberg dem Gesetz zu. In der Bewertung des Verhandlungsergebnisses halte ich die Entscheidung des Bundesrates für falsch. Denn die Bundesregierung hat bis heute keine Antwort auf die Tatsache, dass Menschenrechtsverletzungen, Krisen und Konflikte immer mehr Menschen dazu zwingen, Schutz zu suchen. Mit der Ausweitung der „sicheren" Herkunftsländer der Westbalkanstaaten wird abgelenkt von den eigentlichen Herausforderungen für die Flüchtlingspolitik. Wir brauchen jetzt eine nationale Flüchtlingskonferenz, bei der Bund, Länder und Kommunen klären, was zu tun ist und wie Länder und Kommunen unterstützt werden können. Wir brauchen Strategien gegen Antiziganismus und europäisches Handeln, um die Menschenrechtssituation besonders für Roma zu verbessern. Das Asylbewerberleistungsgesetz gehört endlich abgeschafft. Darüber und über viele weitere Fragen in Sachen Flüchtlingspolitik müssen wir diskutieren.

Die Autorin ist Bundestagsabgeordnete

Anti-IS-Demo am 10.08.14 „Shingal ist nicht alleine!“

Aus dem gesamten Bundesgebiet kamen mehr als 6000 Menschen zusammen, um Solidarität mit den jezidischen Menschen zu zeigen

Refugees welcome

Flüchtlinge in Bielefeld willkommen!

Die Zahl der Flüchtlinge ist in den letzten Monaten insbesondere aufgrund der Konfliktsituationen im Nahen Osten in OWL und in Bielefeld erheblich angestiegen. Handlungsbedarf für die Städte und Kommunen.

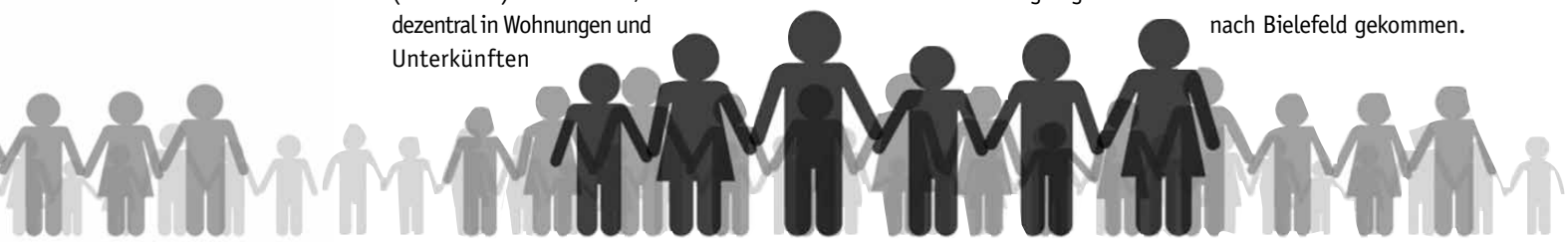
von Klaus Rees

Derzeit wird die Erstaufnahmeeinrichtung (EBE) des Landes am Südring in Brackwede von 250 Plätzen auf künftig 450 Plätze erweitert. Darüber hinaus sind in Bad Salzuflen, in der Polizeischule in Schloss Holte-Stukenbrock und weiteren Orten in NRW neue Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge geschaffen worden. Mitte September wurden mehr als 300 Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Afghanistan sehr kurzfristig nach Herford gebracht und dort vorübergehend in leerstehenden Wohnungen eingewiesen, die zuvor von Angehörigen der britischen Armee genutzt wurden.

Während andere Städte bereits über die Einrichtung von Zeltstädten zur Unterbringung geflüchteter Menschen diskutieren, schafft es die Stadt Bielefeld (zum Glück) immer noch, die Menschen dezentral in Wohnungen und Unterkünften unterzubringen. Zurzeit wird durch die BGW das Gebäude Eisenbahnstraße 29 in Brackwede ausgebaut. Ab Januar sollen dort 170 Personen leben - in 26 Wohnungen für Familien und Räumen für 27 Einzelpersonen. Über die gesamte Stadt verteilt sind Flüchtlinge derzeit in mehreren Übergangswohnheimen und in 74 Wohnungen untergebracht. Teilweise hat die Stadt diese Wohnungen im Einverständnis mit den Vermietern beschlagnahmt.

Um für die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge gerüstet zu sein, betreibt die Stadt das Übergangsheim in der Teichsheide nun zunächst bis Ende Mai 2015 weiter. Dieses sollte ursprünglich zum Jahresende zeitgleich mit der Eröffnung der Unterkunft in der Eisenbahnstraße geschlossen werden.

Insgesamt wurden der Stadt im Zeitraum vom Januar bis Ende August 285 Flüchtlinge und Aussiedler durch die zuständige Bezirksregierung Arnsberg zugewiesen. Im vergangenen Jahr waren 400 Geflüchtete nach Bielefeld gekommen.



Fraktion vor Ort

Neue Unterkunft an der Eisenbahnstraße

Im September hat sich der Arbeitskreis „Soziales“ der Fraktion vor Ort ein Bild von den Umbauarbeiten der zukünftigen Flüchtlingsunterkunft an der Eisenbahnstraße gemacht. Obwohl das Gebäude noch eingerüstet ist, sind die Arbeiten im Inneren weit vorgeschritten. Alle Wohnungen verfügen über eigene Badezimmer und Toiletten sowie größtenteils über eigene Küchen. In wenigen Fällen sind Küchen zur Nutzung durch zwei Familien vorgesehen. In dem Gebäude wird es Gemeinschaftsräume, einen großen Wasch- und Trockenkeller, ein Möbellager sowie eine Kleiderkammer geben. Drei Wohnungen sind komplett oder eingeschränkt barrierefrei. Für die Kinderbetreuung wird es eine Kita im benachbarten ehemaligen Postgebäude geben. Außerdem gibt es einen Kinderspielplatz auf dem Gelände. Die Beratung und Betreuung der Flüchtlinge erfolgt durch Mitarbeiter*innen der Stadt, die vor Ort Büros haben. Auch die Heimverwaltung der BGW, die die Unterkunft im Auftrag der Stadt betreiben wird, hat ihren Sitz im Gebäude. Über Einzelheiten, wie die Frage des Umfangs mit Videoüberwachung, wird im Sozial- und Gesundheitsausschuss noch zu reden sein.

Impressionen vom Besuch der Fraktion in der Eisenbahnstraße - teilweise noch Baustelle, teilweise bereits fertiggestellt

Bielefeld hilft...

Auf Vorschlag von zahlreichen yezidischen und kurdischen Organisationen und Einzelpersonen hat sich Mitte August die überparteiliche und interkonfessionelle Initiative „Bielefeld hilft Flüchtlingen aus dem Nordirak“ gegründet. Derzeit trifft sich die Initiative wöchentlich. Kontakt über: Klaus Rees oder bielefeldhilft@gmx.de

Am 25. September wurde der folgende Spendenaufruf veröffentlicht, der von zahlreichen Bielefelder Persönlichkeiten, Parteien und Organisationen unterstützt wird. Die Schirmherrschaft hat der Staatssekretär für Integration der Landesregierung, Thorsten Klute, übernommen:

Bielefeld hilft Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Nordirak

Liebe Bielefelderinnen und Bielefelder,

seit Wochen erhalten wir erschütternde Informationen über die Verfolgung und Vertreibung von ethnischen und religiösen Minderheiten (insbes. Menschen muslimischen, yezidischen/ezidischen, christlichen oder jüdischen Glaubens) im Irak und in Syrien. Die islamistische Terrororganisation IS begeht grausame Verbrechen an all denjenigen, die sich ihrem archaischen Verständnis des Islam nicht unterwerfen wollen.

Tausende Menschen sind bereits umgekommen, ermordet durch die Terrormilizen oder gestorben auf der Flucht. Hunderttausende Menschen mussten ihre Dörfer oder Städte verlassen und fliehen. Sie leben in teilweise menschenunwürdigen Zuständen in den Gebirgsregionen des Nordirak. Es fehlt an fast allem: Nahrungsmittel, Medikamente, Babynahrung, Kleidung, Decken oder Zelte werden gebraucht. Aber auch medizinische Hilfe ist dringend notwendig.

Viele Bielefelderinnen und Bielefelder, darunter zahlreiche Menschen, die Verwandte und Freunde unter den Geflüchteten haben, möchten helfen. Deshalb hat sich ein überparteiliche und interkonfessionelle Initiative „Bielefeld hilft Flüchtlingen aus dem Nordirak“ gegründet, die diesen Spendenaufruf an Sie richtet.

Foto links:
Hayri Demir / ezidipress

Foto oben:
Hakimi-Fehmi I.
Organisationstreffen der Initiative „Bielefeld hilft Flüchtlingen aus dem Nordirak“ - Prof. Dr. Hüseyin Bektas (2.v.l.), Vorsitzender des Verbands kurdischer Ärzte, berichtet von seiner Arbeit

Mit den Spenden soll die Arbeit des „Verbands Kurdischer Ärzte in Deutschland e.V.“ unterstützt werden, der in mehreren medizinischen Projekten für Flüchtlinge im Kurdengebiet des Nordirak, Rojava und der Türkei tätig ist.

In dieser Organisation haben sich in Deutschland tätige kurdische Ärzte zusammengeschlossen, die unabhängig von der Angehörigkeit zu einer Partei, Glaubensgemeinschaft oder Dialekt unter einem Dach zusammenarbeiten. Diese haben im Jahr 2011 den gemeinnützigen Verein "Verband kurdischer Ärzte in Deutschland e.V." gegründet, um medizinische Versorgung der Kurden in ihrer Heimat und in Deutschland zu unterstützen. Der Verein verfolgt ausschließlich humanitäre und keine politischen Ziele. Die Mitglieder respektieren die Glaubenszugehörigkeit, die parteipolitische Meinung und Gruppenzugehörigkeit jedes Einzelnen.

Weitere Informationen über die Arbeit dieser Hilfsorganisation gibt es unter: www.kurdish-doctors.com

Die Spenden werden vorrangig für die medizinische Notversorgung der Flüchtlinge benötigt - z.B. Kauf von Impfstoffen (Polio, Masern) und Anschaffung von Krankenwagen. Außerdem soll nach Möglichkeit der Bau winterfester Quartiere mitfinanziert werden.

Verband Kurdischer Ärzte in Deutschland e.V.
Stichwort:
Bielefeld hilft Flüchtlingen aus dem Nordirak
Deutsche Apotheker und Ärztebank
IBAN: De 39 3006 0601 0008 7790 23
BIC: DAAEDEDDXXX

Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt, Spenden sind steuerabzugsfähig!

Dieser Weg wird kein leichter sein

Ratsmehrheit gesucht

Vier Monate sind seit der Kommunalwahl vergangen und trotz vieler Gespräche der Fraktionen untereinander zeichnet sich keine Mehrheit ab, die sich verpflichtet sieht, im Rat die Entscheidungen zu treffen. Warum ist das so?

Von Jens Julkowski-Keppler

Der Autor ist der Vorsitzende der grünen Ratsfraktion

In mehreren Gesprächen mit der SPD konnten wir in vielen Punkten der Stadtentwicklung Übereinstimmung erzielen. Für eine Mehrheit im Rat fehlen uns, zählt man die Stimme des OBs hinzu, mindestens zwei Stimmen. Die Linken haben sich entschieden, in dieser Stadt keine Verantwortung zu übernehmen. Wir könnten sicherlich in vielen Punkten mit der Zustimmung der Linken rechnen, allerdings haben sie in der Frage des Haushaltes klar zu erkennen gegeben, dass hier ihre Bereitschaft zur Zustimmung aufhört. Das eigene Hemd scheint ihnen hier näher zu sein als die Entwicklung der Stadt. Sich auf Kosten anderer angesichts der Finanzlage der Stadt zu profilieren zeigt, dass bei den Linken in Bielefeld leider immer noch die reine Lehre mehr zählt, als in der Kommune Verantwortung zu übernehmen. Angesichts dieser Positionierung der Linken hätte diese Konstellation wohl auch nur eine geringe Halbwertszeit gehabt. Die BfB verweigert sich bis heute weiteren Gesprächen.

Angesichts dieser Lage wäre es nicht verwunderlich gewesen, wenn es so gekommen wäre, wie es die NW seit Wochen herbeischreibt: zu einer Großen Koalition. Aber auch das ist im Moment nicht wahrscheinlich. Die CDU ist die Wahlverliererin und außerdem auch noch programmatisch schlecht aufgestellt. Mir ist keine halbwegs zukunftsweisende Initiative der CDU aus den letzten fünf Jahren bekannt. Pauschale Forderungen, die nicht in die Tiefe gehen, scheinen auch für die SPD keine Basis für eine längerfristige Zusammenarbeit zu sein.

Wie bereits erwähnt, haben wir mit der SPD in vielen Punkten Übereinstimmung erzielen können. Wir haben ihr signalisiert, dass wir bereit sind, auf dieser Basis Gespräche mit den anderen Fraktionen und Einzelpersonen (Bürgernähe und Piraten) aufzunehmen, um eine punktuelle Zusammenarbeit zu suchen. Die SPD wird sich ebenfalls entscheiden müssen, ob sie zusammen mit uns auf die Suche nach Mehrheiten gehen wird. Wie heißt es so schön in einem Popsong: „Dieser Weg wird kein leichter sein."

Die Sitzverteilung im Bielefelder Stadtrat nach der Kommunalwahl 2014. Für eine rot-grüne Mehrheit hat es nicht gereicht, weitere Kombinationen gestalten sich schwierig oder sind nicht gewünscht.

Am Donnerstag, den 19.9. hat der OB in der Ratssitzung eine Mitteilung zur aktuellen Haushaltslage gemacht. Danach fehlen uns im aktuellen Haushalt (zusätzlich zum vorgesehenen Defizit von 56 Millionen Euro) etwa 24 Millionen Euro. Bis zum Jahr 2022 werden wir nach jetzigem Stand keinen ausgeglichenen, sondern einen Haushalt mit einem Defizit von 34 Millionen Euro haben. Dies sind Dimensionen, die nicht mehr durch eine „normale" Haushaltskonsolidierung aufzufangen sind. Welche Folgen hat das für den Rat? Einerseits heißt das, dass wir dies nur zusammen mit der Verwaltung stemmen können. Diese muss eine strukturelle Vorarbeit leisten, die Perspektiven aufzeigt. Ob für diese Aufgabe unser Kämmerer die richtige Person ist, ist fraglich. Andererseits heißt das, dass wir uns eventuell davon verabschieden müssen, Haushalte wie bisher mit einer knappen Mehrheit zu verabschieden.

GRÜNE und SPD, wenn sie sich denn auf eine inhaltliche Zusammenarbeit einigen, stehen vor der großen Herausforderung, weiterhin programmatische Entscheidungen anzustreben und für diese Mehrheiten zu organisieren. Zu nennen sind hier zum Beispiel Naturschutz, Fortschreibung der Klimaschutzziele, Ausbau des ÖPNV, Inklusion sowie Stadtentwicklung anhand von definierten Zielen und nicht auf Wunsch von Investoren. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass in dieser Stadt ein Klima der Verantwortung für eine solide Haushaltspolitik entsteht, dem sich verantwortliche Kommunalpolitiker*innen nicht entziehen können.

Ich sehe, dass wir GRÜNE hier durchaus eine Schlüsselrolle einnehmen werden. Wir stehen für klare politische Ziele und haben seit Jahren bewiesen, dass wir in der Haushaltspolitik nicht nur Verantwortung übernehmen, sondern Haushaltspolitik auch können! Insgesamt wird diese Aufgabe schwierig, aber auch reizvoll werden. Die Kommunalpolitik der nächsten sechs Jahre wird deutlich anders sein als die der vorherigen Legislaturperioden. Es könnte eine Periode der Kommunikation werden. In der Stadt von Niklas Luhmann nicht die schlechteste Voraussetzung für eine gute Zukunft.

Alle „Mann“ an Bord

Ausschussbesetzungen

In der letzten Ratssitzung wurden nun endlich, vier Monate nach der Kommunalwahl, die Ausschüsse des Rates und deren Besetzung beschlossen.

von Jens Julkowski-Keppler

Es gibt eine bedeutende Änderung: Im Gegensatz zu früheren Legislaturperioden sind alle Ausschüsse, bis auf den Betriebsausschuss Informatik-Betrieb Bielefeld (BIBB) und den Jugendhilfeausschuss (JHA), die anderen gesetzlichen Bestimmungen unterliegen, auf 16 Mitglieder erhöht worden. Diese Größe soll die Mehrheitsverhältnisse im Rat besser abbilden. Ob das damit gelungen ist, will ich hier nicht weiter kommentieren. Jedenfalls stellen sich in den 16er-Ausschüssen folgende Mehrheitsverhältnisse dar: SPD und CDU sind mit je fünf Personen vertreten, wir GRÜNE mit drei Personen. BFB, Linke und FDP mit je einer Person. Die Piraten und die Bürgernähe haben keinen Sitz und keine Stimme, können aber als Ratsmitglieder an je fünf Ausschüssen beratend teilnehmen.

Eine Zukunft für den AfUK ♥

Für uns GRÜNE gibt es einen besonderen Erfolg zu feiern. Trotz des Widerstandes anderer Fraktionen konnten wir den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz wieder installieren (AfUK – vielleicht sollte man zum griffigeren Namen „Umweltausschuss“ zurückkehren). Ein deutliches Zeichen, dass das Thema „Umwelt“ in Bielefeld nicht unter die Räder kommt. Außerdem werden wir zwei Ausschussvorsitzende stellen. Neben dem AfUK, dem ich vorsitzen werde, ist dies der Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA), dessen Vorsitz Iris Ober übernehmen wird. Beides ist sicherlich ein Erfolg. Daneben haben wir zwei stellvertretende Ausschussvorsitzende, nämlich Klaus Rees (Finanz- und Personalausschuss, FiPA) und Lina Keppler (Betriebsausschuss Bühnen und Orchester, BBO).

In der Tabelle rechts könnt Ihr sehen, wer für uns in die Ausschüsse gehen wird. Stellvertretende Mitglieder sind hier nicht mit aufgezählt, aber natürlich vorhanden. Ihre Namen erfahrt Ihr bei Interesse über das Fraktionsbüro oder unsere GRÜNE Homepage - ***www.gruene-bielefeld.de***.

Darüber hinaus gibt es auch Besetzungen in den städtischen Beteiligungen. Je nach Größe der Gremien ist die Anzahl der GRÜNEN begrenzt. Wer für die GRÜNEN benannt ist, könnt Ihr der zweiten Tabelle rechts entnehmen.

Ausschüsse	
AfUK (Ausschuss für Umwelt & Klimaschutz)	**Jens Julkowski-Keppler** (Vorsitz) / Claudia Heidsiek Rainer Hahn
BBO (Betriebsausschuss Städt. Bühnen und Orchester)	**Lina Keppler** (stellv. Vorsitz) / Arnold Schulz Bernd Ackehurst
BISB (Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb)	Klaus Rees / Dieter Gutknecht / Doris Hellweg
BIBB (Betriebsausschuss Informatikbetrieb)	Rainer Hahn
BUWB (Betriebsausschuss Umweltbetrieb)	Rainer Hahn / Gudrun Hennke / Gerd-Peter Grün
BA (Bürgerausschuss)	Hannelore Pfaff / Harald Haemisch / Gerald Gutwald
FiPA (Finanz- und Personalausschuss)	**Klaus Rees** (stellv. Vorsitz) / Gudrun Hennke Joachim Hood
Haupt- & Beteiligungs-Ausschuss	Jens Julkowski-Keppler / Klaus Rees / Iris Ober
JHA (Jugendhilfeausschuss)	Claudia Schmidt
Kultur-Ausschuss	Lina Keppler / Bernd Ackehurst / Claudia Schmidt
RPA (Rechnungsprüfungsausschuss)	Joachim Hood / Mahmut Koyun / Klaus Rees
Schul- und Sportausschuss	Gerd-Peter Grün / Hannelore Pfaff / Mahmut Koyun
SGA (Sozial- und Gesundheitsausschuss)	**Iris Ober** (Vorsitz) / Christian Presch / Joachim Hood
StEA (Stadtentwicklungsausschuss)	Jens Julkowski-Keppler / Doris Hellweg Stephan Godejohann

Außerdem existieren noch weitere Gremien, wie z.B. Abwasserverband obere Lutter, Verkehrsverbund Ostwestfalen Lippe usw., in denen wir GRÜNE ebenfalls vertreten sind, deren Aufzählung ich mir aber hier spare.

Städtische Beteiligungen	
AR BBF (Bielefelder Bäder- und Freizeit GmbH)	Klaus Rees
Gesellschafterversammlung BBVG	Klaus Rees / Jens Julkowski-Keppler / Iris Ober
AR BGW	Ulrike Mann / Dieter Gutknecht Lina Keppler (Gesellschaftervertreterin)
Gesellschafterversammlung Bielefeld Marketing GmbH	Hartmut Geil (ab 2015: Lina Keppler)
AR bitel	Rainer Hahn
AR REGE	Joachim Hood / Christian Presch
AR Innovationszentrum Campus Bielefeld	Ulrike Mann / Dieter Gutknecht / Lina Keppler
Forum interkomm. Gewerbegebiet	Jens Julkowski-Keppler
AR Klinikum Bielefeld gGmbH	Doris Hellweg / Gerd-Peter Grün (Gesellschaftervertreter)
AR Kunsthallen Betriebs GmbH	Bernd Ackehurst
AR moBiel GmbH	Jens Julkowski-Keppler
AR Sennestadt GmbH	Ulrike Mann
AR Stadthalle Bielefeld Betriebs mbH	Lina Keppler / Doris Hellweg Hannelore Pfaff (Gesellschaftervertreterin)
AR Stadtwerke Bielefeld GmbH	Jens Julkowski-Keppler
AR WEGE (Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH)	Jens Julkowski-Keppler

Bezirksmeldungen

Es grünt so grün ...

Retrowellen gibt es in vielen Bereichen - da wollen wir in der big keine Ausnahme bilden. Zeit also, die „Berichte aus den Bezirken" wieder aufleben zu lassen. Hier werdet Ihr in Zukunft erfahren, was gerade allenortes be- und verhandelt wird, wo Knackpunkte liegen und worüber man/frau sich mal so richtig aufregen kann ...

Bäume schützen in Gadderbaum

Das Neue und Tolle ist noch immer, dass wir hier mit 6 Sitzen in der BZV vertreten sind, dass wir hier die Bezirksbürgermeisterin stellen und dass wir damit die größte Fraktion sind. Wir sind noch immer stolz, stolz, stolz.

Immer wieder müssen wir uns in unserem grünen Stadtbezirk Gadderbaum für den Erhalt der Bäume einsetzen, die bei jedem Neubau gefällt werden sollen. Gerade jetzt steht wieder ein Bauprojekt an, bei dem wir ein besonderes Augenmerk auf den Baumerhalt haben müssen, denn eine Sporthalle soll entlang des Quellenhofweges entstehen. Mehr zu dem Thema, wenn die Bauanträge laufen und es offiziell in die Bezirksvertretung eingebracht wird.

Jeder von euch kennt die Artur-Ladebeck-Straße, die Hauptschlagader Gadderbaums. Hier warten wir auf die Fahrbahnmarkierungen, die den Fahrradfahrern (insbesondere den Schulkindern) die Querung ohne Angst ermöglichen sollen. Den Fahrradbeauftragten Oliver Spree haben wir bei dem Projekt bereits ins Boot geholt.

Die Grafik zeigt: Es geht bei dem Projekt um neue Fahrbahnmarkierungen bei der Querung Friedlich-List-Straße in den Quellenhofweg und um die Querung Haller Weg in die Gadderbaumer Straße. Wir hoffen sehr, dass die neuen Fahrbahnmarkierungen noch dieses Jahr aufgetragen werden!

Mit GRÜNEN Grüßen aus dem begrünten Gadderbaum: Hannelore, Peter, Elke, Christina, Angelika & Kerstin

Stadtentwicklung in Mitte

Auch in der BZV Mitte hat die politische Arbeit wieder begonnen: Mit Anfragen und Anträgen haben wir z. B. auf die Schadstoffbelastung in der Stapenhorststraße hingewiesen und nach beschlossenen, aber noch immer nicht umgesetzten Verbesserungsmaßnahmen gefragt. Zudem haben wir Fahrradstellplätze auch an der Sparrenburg gefordert.

Für die Jahnplatzpassage wurden eine Durchgangssperrung und die Reduzierung der Stadtbahnzugänge abgelehnt. Am Alten Markt darf das stadtbildprägende Bild der alten Häuser nicht durch einen beleuchteten Lichtgang verschandelt werden. Und am Neumarkt soll der Platz weiter für die Öffentlichkeit in alle Richtungen begehbar sein sowie durch Bäume und Grün aufgewertet werden. Ein Studentenwohnheim für 100 Personen in kleinen Wohnungen ohne Grünflächen und Freiräume wurde für die Innenstadt abgelehnt und für das Wilhelmstraßenquartier ein gesamtstädtischer Entwurf angemahnt.

Die mit SPD und CDU im Vorfeld erfolgten Informationsaustausche haben sich als sinnvoll und hilfreich erwiesen und sollen in dieser Form ohne Profilverlust der einzelnen Parteien weitergeführt werden.

Heepen: Johannisbachaue schützen

In der Heeper BZV sind CDU und SPD mit je 7 Vertreter*innen gleich stark, als Einzelvertreter gibt es neben mir, Marianne Kreye, noch die BfB und die Linke. Obwohl sowohl CDU als auch SPD angefragt haben, habe ich mit niemandem feste Vereinbarungen getroffen. Zum Bezirksbürgermeister habe ich Holm Sternbacher von der SPD gewählt.

Auf Anregung der Linken, formuliert von der SPD, mit leichten Änderungen von mir, habe ich einen Antrag auf Erarbeitung eines Konzeptes „Naturschutz für die Johannisbachaue" in die erste Sitzung miteingebracht. Der Antrag wurde angenommen. In Zukunft werden uns die Umsetzung der Pläne Gewerbegebiet Hellfeld (u. a. die Führung des Verkehrs), die Gestaltung der Endhaltestelle der Linie 2 und die verschiedenen Straßenbauprojekte im Stadtbezirk beschäftigen.

Bachwanderung in Jöllenbeck

Bei der 19. Bachwanderung der Jöllenbecker GRÜNEN ging es diesmal von der Stiftsmühle in Schildesche, am Obersee vorbei und an der Jölle entlang bis nach Vilsendorf.

Rund 40 Menschen kamen, um Flora und vor allem Fauna rund um das Wasser zu untersuchen und sich über die Umflut des Johannisbaches zu informieren. Der Wasserexperte Holger Lenz konnte wieder mit

seiner fachlich versierten und überzeugend anschaulichen Art über die Problematiken berichten, die entstehen, wenn Fließgewässer und bebaute Gebiete aufeinandertreffen.

Auch wenn ein Fluss oder Bach renaturiert wird, kommen über starke Regenfälle, die Dreck von den Straßen und Feldern über die versiegelten Flächen spülen, zu viele Schadstoffe und Pestizide in den Wasserkreislauf. Dies führt dazu, dass die Bäche, vor allem im Bielefelder Norden, zwar eine akzeptable, aber leider keine gute Güteklasse haben.

Holger Lenz zeigte, wie anhand der im Wasser lebenden Organismen Güteklassen von Gewässern bestimmt werden können.

Verschlossene Pforten

Draußen vor der Tür ...

Jede*r kennt das: Manchmal versteht man/frau die Welt nicht mehr. So ging es den GRÜNEN unlängst bei der Primus-Schule, die einfach keine echte Chance bekam, ihre Türen zu öffnen, dem Amt für Integration, dass der OB im Sommerloch einfach mal eben so schließen wollte sowie der ehemaligen Stadtbibliothek, deren Schlüssel die Verwaltung gerne jemand anderem übergeben hätte ...

Aus für Primus-Schule

Im April noch ein Aufatmen. Endlich hatte der Schulausschuss auch auf Initiative der GRÜNEN die Primus-Schule auf den Weg gebracht. Für GRÜNE war das die Hauptsache. Ärgerliche Nebensache dagegen, dass ein Koalitionspartner angesichts der nahenden Kommunalwahl mit einem Primus-Schulen-Antrag an die Öffentlichkeit stürmte, obwohl die GRÜNEN doch die Vorlage geliefert hatten.

Schon damals war klar, dass es schwierig werden würde, diese innovative Schule mit längerem gemeinsamem Lernen an den Start zu bringen. Aber es gab Chancen – auch wenn die Zeit inzwischen knapp geworden war für die Interessenbekundungen der interessierten Schulen, Elterninformation, rechtsverbindliche Elternbefragung, Konzeptentwicklung und Antragstellung.

Leider wollte allein die Hauptschule Brodhagenschule mitmachen, aber keine Grundschule. Für die Verwaltung war das Thema damit erledigt, während die Initiative Primus-Schule und auch der Stadtelternrat noch Spielräume sahen. Um diese verschiedenen Bewertungen zu klären, hat die GRÜNE Ratsfraktion die Verwaltung gebeten, ein Spitzengespräch mit allen Beteiligten zu initiieren. Anfang Juli war es soweit. Dabei stellten die Vertreter des Schulministeriums und der Bezirksregierung klar: Bei der Antragstellung im Herbst müssen alle Unterlagen vom Konzept bis zum Raumplan vorliegen. Erstmal anfangen, dann nachbessern und Probleme lösen, geht also nicht. Und der Variante „Brodhagenschule mit einem Teilstandort in der Josefschule“ erteilte das Schulamt eine Absage, weil diese zu klein sei. Bliebe nur noch ein Ausbau der Brodhagenschule, dessen Kosten Schulleiter Georg Müller mit 6,3 Millionen Euro bezifferte. Und das war's.

Das Aus für die Primus-Schule ist bedauerlich. Ja! Aber es ist nicht das Ende innovativer pädagogischer Arbeit an Schulen. In Bielefeld haben sich viele Schulen längst auf den Weg gemacht: Hier fördern die Pädagogen-Teams möglichst individuell. Hier lernen Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen zusammen, sogar in jahrgangsgemischten Gruppen oder im (rhythmisierten) Ganztag. Solche Konzepte gilt es, in Zukunft zu unterstützen. Denn davon brauchen wir mehr.

von Silvia Bose

Integration ohne Amt?

Überraschung in den Sommerferien: OB Clausen plant, das Amt für Integration abzuschaffen und die Bestandteile in Regelämter zurückzugliedern. Der Rat, der sich im Juni zwar neu konstituiert, aber noch keine Ausschüsse gebildet hatte, erfuhr die Nachricht ebenso über die Presse, wie der neugewählte Integrationsrat, der sich Anfang Oktober zu seiner ersten Sitzung treffen wird.

Die Ratsfraktion machte Mitte August per Pressegespräch deutlich, dass sie diesem Vorhaben des OBs mit großem Unverständnis gegenübersteht und im Gegensatz zu Clausen, das Amt weiterhin als notwendig erachtet. Die Art und Weise seines Vorgehens bezeichnete der Fraktionsvorsitzende Jens Julkowski-Keppler als „stillos". Die meisten anderen Fraktionen und Gruppen – mit Ausnahme der SPD – schlossen sich dem Protest ebenso an wie zahlreiche Migrant*innenorganisationen, das Bündnis Islamischer Gemeinden sowie die Mitglieder des noch amtierenden sowie des neugewählten Integrationsrates. Auch die Mitgliederversammlung der GRÜNEN verabschiedete Mitte September einen Antrag zum Erhalt des Integrationsamtes. Die lokalen und regionalen Medien berichteten ausführlich und Ende August schaffte es die Geschichte sogar in die FAZ. Bielefeld bekam aus traurigem Anlass überregionale Beachtung!

Besser schlechte Presse als gar keine? Ach nööööö! ...

Artikel aus der „FAZ" vom 27.08.2014

STREIFZÜGE

Bielefeld

Integration ohne Amt

Die Behauptung, es gebe Bielefeld gar nicht, ist ein aus einer Partylaune entstandener Gag, der sich seit Jahren im Internet als „Bielefeld-Verschwörung" hält. Zunächst litten die Bielefelder ein bisschen an der Sache, aber mittlerweile spielen sie recht virtuos mit der vorgeblichen Nichtexistenz: „800 Jahre Bielefeld. Das gibt's doch gar nicht", heißt das Motto des schönen Jubiläums, das die Stadt in diesem Jahr feiert.

Ganz ohne Ironie um Sein oder Nichtsein geht es in diesen Tagen für einen Teil der Bielefelder Stadtverwaltung: Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD) will das Amt für Integration abschaffen. Das 2008 eingerichtete Amt gilt nicht nur in Nordrhein-Westfalen vielen Kommunen als Vorbild. Sogar aus dem fernen Wien soll schon eine Delegation den Weg nach Bielefeld gefunden haben, um zu erfahren, wie sich alle Fragen der Integration von der Sprachförderung über die Flüchtlingsbetreuung bis zur Einbürgerung in einem Amt mit (laut Stellenplan) 18,4 Mitarbeitern bündeln lassen.

CDU und Grüne finden: Das gibt's doch gar nicht. Sie sind empört über die Entscheidung des Oberbürgermeisters. Der Rat der Stadt habe Integration seinerzeit als eine der zentralen Zukunftsherausforderungen und ausdrücklich als ressortübergreifende kom-

Bielefeld gibt es Foto Daniel Pilar

Mehrheit für GRÜNEN Antrag

Mit einem Antrag zum Integrationsamt hat die Ratsfraktion dafür gesorgt, dass sich der Rat mit dem Thema befasst. Der Antrag sieht vor, dass zunächst im Integrationsrat sowie im zuständigen Haupt- und Beteiligungsausschuss und anschließend im Rat über den Stand der Umsetzung des vor vier Jahren beschlossenen „Integrationskonzepts für die Stadt Bielefeld" berichtet werden soll. Erst danach soll (und kann) darüber entschieden werden, ob das Amt für Integration noch benötigt wird. „Der Rat geht davon aus, dass vor Abschluss der Beratungen keine organisatorischen Veränderungen in der Verwaltung vorgenommen werden", so der letzte Beschlusspunkt des Antrags.

In der Antragsbegründung wies Klaus Rees darauf hin, dass es seit der Verabschiedung des Integrationskonzepts im September 2010 keinen einzigen Bericht über den Umsetzungsstand gegeben hat und daher auch keine öffentliche Diskussion darüber geführt werden konnte. Er kritisierte, dass die angestrebte umfassende interkulturelle Öffnung der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften noch nicht sonderlich weit gediehen ist und in allen gesellschaftlichen Bereichen noch großer Handlungsbedarf besteht. Die Vorgehensweise des Oberbürgermeisters, der lediglich auf seine Organisationshoheit gepocht hatte, statt sich auf Argumente zu beziehen, bezeichnete Klaus Rees als „vordemokratisch" und „per ordre du mufti".

Der OB räumte durchaus Fehler in der Kommunikation und Berichterstattung ein und machte deutlich, dass sich die Überlegungen zu einer Umstrukturierung noch im „Entwurfsstadium" befänden. Nach diesen Einlassungen beschloss der Rat am 18.9.2014 mit sehr großer Mehrheit (in einem Punkt gegen die Stimmen von SPD und BfB) den GRÜNEN Antrag.

Der Redebeitrag von Klaus Rees sowie die Presseberichte zur Debatte im Rat finden sich hier: ***http://www.gruene-bielefeld.de/fraktion/ratsreden/fuer-den-erhalt-des-amtes-fuer-integration/***

von Klaus Rees

Ehemalige Stadtbibliothek

Ende Juli trauten Zeitungsleser*innen ihren Augen nicht: Die Stadt bietet das Gebäude der ehemaligen Stadtbibliothek in der Wilhelmstraße zum Verkauf an, war da zu lesen. Diese „Nacht und Nebel Aktion" hat die GRÜNE Ratsfraktion entschieden kritisiert.

Anstatt sich von dem Gebäude, das derzeit durch das Kulturamt für die Ausstellung „Fotokunst im Kontext" zwischengenutzt wird, bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu trennen, erwarten die GRÜNEN die Entwicklung eines stimmigen Gesamtkonzepts für das Wilhelmstrassen-Quartier. Dabei sollten alle Immobilienbesitzer einbezogen werden. Wenn die Stadt hierbei mitgestalten möchte, dann sollte sie das Gebäude in ein solches Konzept einbringen.

Für die GRÜNEN besteht im Wilhelmstraßenquartier die einmalige Chance, mehrere innerstädtisch sinnvolle Nutzungen in eine zukunftsgerichtete Entwicklung zu integrieren. Wohnen, Kreativwirtschaft, ein Informationszentrum für die Bielefelder Hochschulen sind dort ebenso vorstellbar wie ein Hotel. Die Verwaltung wird aufgefordert, das Thema „Entwicklung des Wilhelmstraßenquartiers" auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses im Herbst zu nehmen. Im Interesse der Innenstadt setzen die GRÜNEN auf Sorgfalt statt Schnelligkeit.

von Klaus Rees

Die Gastro-App

Auf dem Teller alles im grünen Bereich?

Die Verbraucherzentrale will für mehr Transparenz in Sachen Lebensmittelhygiene sorgen und hat ein Kontrollbarometer entwickelt, das modellhaft über Bielefelder (und Duisburger) Gastronomiebetriebe Auskunft gibt. Doch der Ansatz ist nicht unumstritten.

von Anja Ritschel

Die Pizza beim Lieblingsitaliener um die Ecke, der Salat beim Kneipenbesuch oder das Eis mit Sahne (wenn denn mal Sommer ist in Bielefeld) – das ist Genuss und soll es auch sein. Aber geht es hinter den Küchentüren auch hygienisch einwandfrei zu? Manche*r würde es gerne genauer wissen. Das Verbraucherinformationsgesetz bietet die Möglichkeit, dies beim zuständigen Amt in Erfahrung zu bringen. Doch der Weg bis zur Informationsfreigabe ist nach wie vor umständlich, weil es eine Reihe formaler Vorgaben gibt.

Informieren leicht gemacht

Das muss nicht sein, dachte sich die Verbraucherzentrale NRW (VZ) und entwickelte in einem Pilotprojekt, welches vom grüngeführten Verbraucherschutzministerium NRW gefördert wird, eine App mit dem treffenden Namen „appetitlich". Diese ist zunächst nur für die Städte Bielefeld und Duisburg mit Leben gefüllt. Hier können interessierte Verbraucher*innen im Internet oder auf ihrem Smartphone schnell recherchieren, wie es um besagten Lieblingsitaliener steht.

Und so funktioniert's: Die VZ beantragt beim Lebensmittelüberwachungsamt die Herausgabe der Ergebnisse für die aus ihrer Sicht aussagekräftigsten Prüfpunkte der Lebensmittelkontrollen. Bei den amtlichen Kontrollen werden Minuspunkte für festgestellte Mängel vergeben; diese rechnet die VZ wiederum in Ampelfarben um.

0-40 Punkte	**Anforderungen erfüllt**
41-60 Punkte	**Anforderungen teilweise erfüllt**
61-80 Punkte	**Anforderungen nicht erfüllt**

Wer nun spontan an Smileys denkt, liegt durchaus richtig. In Dänemark gibt es seit 2002 als schnelle Info für Verbraucher*innen an jeder Gasthaustür einen Smiley – je freundlicher er schaut, umso einwandfreier die Hygiene. Der Versuch, diese Idee auf freiwilliger Basis in NRW einzuführen, ist allerdings gescheitert.

Aus meiner Sicht ist die neue Hygiene-Ampel bzw. das Kontrollbarometer ein echtes Plus für die Verbraucher*innen. Aus gutem Grund wird die Hygiene regelmäßig überprüft. Und die Ergebnisse sollten nicht nur in Verwaltungsschubladen landen, sondern allgemein zugänglich sein. Das Kontrollbarometer bringt aber auch ein dickes Plus für die Hygiene an sich. Das macht ein Blick nach Dänemark deutlich, wo man inzwischen auf viele Jahre Erfahrung in Sachen Transparenz blicken kann. Dort hat sich die Zahl der Betriebe mit Bestnote von 20% (im Jahr 2002) auf 86% (im Jahr 2009) erhöht. Die negativen Ausreißer sind deutlich weniger geworden. Es ist eben auch ein Ansporn, wenn Kontrollergebnisse öffentlich werden.

Nicht Alle teilen diese positive Einschätzung. Eine Reihe von Gastronomen hat der Herausgabe ihrer jeweiligen Daten widersprochen und der Hotel- und Gaststättenverband hat – sowohl in Bielefeld als auch in Duisburg - eine Sammelklage auf den Weg gebracht. Die Klage richtet sich zunächst gegen die Stadt und hat zum Ziel, dass die Veröffentlichung mittels Internet und App durch die VZ beendet wird. Man befürchtet, dass Betriebe „an den Pranger" gestellt werden und womöglich wirtschaftlichen Schaden erleiden. Außerdem seien alte Ergebnisse oftmals lange im Netz abrufbar, obwohl die Mängel vielleicht längst abgestellt sind.

Kritisiert wird weiterhin, dass in die Wertung der VZ nicht nur echte Hygieneaspekte einfließen (war die Küche sauber), sondern auch z.B. Dokumentationserfordernisse. Gelegentlich mündet die Kritik in dem Spruch: „Es ist für den Gast doch nur von Interesse, ob die Hygiene stimmt und nicht, wie die Buchhaltung aussieht." Diese Einschätzung ist sicher richtig – trifft aber den Sachverhalt nicht ganz. Denn bei den von der VZ abgefragten Aspekten geht es nicht um die Buchhaltung, sondern um Dokumentation all dessen, was im Zusammenhang mit den Lebensmitteln steht (z.B. Einhaltung der Kühlkette bei empfindlichen Produkten). Hintergrund hierfür ist, dass die Kontrollen ja nur in größeren Abständen stattfinden und damit lediglich eine Momentaufnahme darstellen. Hier liefert die rechtlich vorgeschriebene Dokumentation ein ergänzendes Bild; sie ist also durchaus der Lebensmittelhygiene zuzurechnen.

Wie die Gerichte über die Klage der Gastronomen entscheiden werden, ist noch offen. Es gab in der Vergangenheit einige Urteile, die die Veröffentlichung behördlicher Kontrollergebnisse untersagt haben. Die Fallkonstellationen waren allerdings unterschiedlich und sind nicht unbedingt vergleichbar – deutlich wurde aber, dass die Gerichte in der Regel schlicht auf fehlende bzw. lückenhafte Rechtsgrundlagen verwiesen. Und in der Tat: Es ist bislang nicht gelungen, für die Verbraucher*innen einen wirklich einfachen Zugang zu solchen Informationen zu schaffen. Hier braucht es dringend eine bundeseinheitliche Transparenzoffensive!

Die App „appetitlich" ist als kostenloser Download bei Google Play oder im App-Store erhältlich. Die Inhalte und weitergehende Informationen sind auch im Internet einsehbar unter www.vz-nrw.de/kontrollbarometer

Die Autorin ist nicht nur die Umwelt- sondern auch die Gesundheitsdezernentin der Stadt Bielefeld

Britta berichtet aus Berlin

Was tut sich in Berlin? Die prekäre Lage im Nahen Osten bestimmt das politische Tagesgeschäft. Es gilt Hilfe zu leisten und Weichen zu stellen. Da ist doch „das bißchen Haushalt 2015" kein Problem? Mitnichten! Schwarz-Rot legen gerade einen Haushaltsentwurf vor, an dem es aus GRÜNER Sicht einiges auszusetzen gibt, und auch über Dobrindts PKW-Maut können die BundesGRÜNEN nur den Kopf schütteln ...

Bundeshaushalt 2015: Kein Geld für Brücken, Städte oder Bildung

Ein Jahr regiert die Große Koalition. Die Investitionsquote liegt auf niedrigstem Niveau. Brücken sind nicht mehr befahrbar. Öffentliche Gebäude bröckeln. Für Innovationen fehlt das Geld. Forderungen, für mehr Klimaschutz oder Bildung Geld auszugeben, sind in weite Ferne gerückt.

Die Haushaltspolitik von Schwarz-Rot: Keine Spur von strukturellen Reformen, einem Abbau klimaschädlicher Subventionen oder gar Einnahmeverbesserungen. Trumpf sind weiterhin die gute Konjunktur und die niedrigen Zinsen. Reicht das nicht, wird Geld von den Sozialversicherungen abgezogen. Beitragssätze bleiben trotz Spitzenbeschäftigung konstant.

So wird die Bundesregierung wie schon 2014 mit vollen Händen in die Sozialkassen bei Rente und Gesundheit greifen. Neben der Belastung der Rentenversicherung nimmt Finanzminister Schäuble aus dem Gesundheitsfonds erneut 2,5 Mrd. Euro. Auch mittelfristig ist keine Besserung in Sicht. Die Investitionsquote sinkt von 10,1% im Jahr 2014 auf 8,3% in 2018. Dabei steigen die prognostizierten Steuereinnahmen bundesweit erheblich: Insgesamt sind für die Jahre 2014 bis 2018 Einnahmesteigerungen in Höhe von 43,6 Mrd. Euro eingeplant. Über den Finanzplanungszeitraum stehen der großen Koalition nach dieser Annahme rund 111 Mrd. Euro zusätzliche Steuereinnahmen zur Verfügung.

Wo bleiben aber die 100 Milliarden Euro? Die Investitionsquote ist im Sinkflug, die Finanzierung für ihr Rentenpaket steht aus und die Entlastung der Kommunen um 5 Milliarden Euro ist erst ab 2018 vorgesehen.

Der Haushaltsentwurf wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet. Das ist mutlos und zukunftsvergessen. Durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen in Milliardenhöhe, seriöser Ausgabenkürzungen und gerechter Einnahmeverbesserungen werden wir aufzeigen, wie wir Spielräume für Investitionen in die Zukunft schaffen können.

Maut-Debakel – Keine Lösung für unsere Verkehrsinfrastruktur

Die Debatte um die Dobrindt-PKW-Maut liefert dem Land seit Wochen ein bedauerliches Politikschauspiel. Wäre der Zustand der Verkehrsnetze nicht so

erbärmlich, könnte man über die Darbietungen der Großen Koalition amüsiert sein. Doch die traurige Wahrheit lautet: Kaputte Schienen und Straßen beeinträchtigen die wirtschaftlichen Erfolge unseres Landes und gefährden die Chancengerechtigkeit von Bürger*innen. Die geplante CSU-PKW-Maut ist unsinnig und noch dazu europarechtswidrig.

Zwei anerkannte Kommissionen haben die finanzielle Dimension dieser Krise erfasst: Jedes Jahr fehlen in Deutschland 7,2 Mrd. Euro, um Straßen, Schienen und Wasserwege zu erhalten und zu sanieren. Davon entfallen im Jahr fast 2,8 Mrd. Euro auf unsere Städte und Gemeinden. Für dieses immense Investitionsproblem bietet Schwarz-Rot keine Lösung. Die im Koalitionsvertrag avisierten 5 Mrd. Euro mehr für den Verkehr – auf vier Jahre verteilt – können da nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Sie sind ausschließlich für die Bundesinfrastruktur vorgesehen. Auch die Finanzierung des ÖPNV ist nicht gelöst. Die gesamte Frage der Bundesfinanzierung von Verkehrsinfrastruktur in Ländern und Kommunen soll in einer Bund-Länder-Finanzkommission geklärt werden. Dabei muss die Frage der Fortführung der Regionalisierungsmittel noch geklärt werden, sonst können vor Ort keine ÖPNV-Planungen mehr stattfinden.

Die PKW-Maut ist unsozial, unökologisch, bürokratisch und bringt kaum Geld in die Kasse. Würde man die bereits bestehende LKW-Maut auf alle Straßen, auch der Länder und Kommunen ausweiten, würde man Ausweichverkehre vermeiden und zusätzlich Geld für die verkehrliche Infrastruktur mobilisieren. Doch wir müssen auch Prioritäten bei der Verteilung der Straßenbaumittel setzen. Sanierung und Erhalt der bestehenden Infrastruktur muss Vorrang vor Neubau haben. Doch Verkehrsminister Dobrindt lenkt weiter Steuergelder in neue Straßenbauprojekte.

Halbzeit in Düsseldorf

Für Bilanzen ist es kurz vor dem Ende der ersten Hälfte der Wahlperiode zu früh. Wir arbeiten unsere Agenda ab. Ein Überblick zu den aktuellen Themen aus den Bereichen Bildung, Umwelt und Kultur.

Hochschulzukunftsgesetz

Viele erinnern sich noch an die großen Bildungsproteste 2008 und 2009 gegen die schwarz-gelbe Politik von Studiengebühren und „Hochschulfreiheitsgesetz". Mit dem Regierungswechsel 2010 hatten wir angekündigt, als rot-grüne Koalition diese dramatischen Fehler rückgängig zu machen und dort, wo bei Rüttgers und Pinkwart noch neoliberale Ideologie regierte, wieder ein demokratisches, zukunftsgerichtetes Hochschulwesen in Nordrhein-Westfalen aufzubauen. Nachdem die Studiengebühren bereits vor drei Jahren abgeschafft werden konnten, hat der Landtag nun das neue Hochschulgesetz beschlossen. Mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Chancen sind die Kennzeichen dieses neuen Gesetzes.

Die demokratischen Gremien werden durch das neue Gesetz gestärkt. Der Senat entscheidet über die Grundzüge der Hochschulentwicklungsplanung. Wo immer es geht, gilt nun die Viertelparität, es entscheiden also alle Statusgruppen gleichberechtigt. Der Senat bestimmt auch wieder bei der Wahl des Rektorats mit, nachdem dies im alten Gesetz nur dem Hochschulrat vorbehalten war. Studierende erhalten mehr Rechte bei der Mitgestaltung der Prüfungsordnungen. Für studentische Hilfskräfte wird nun erstmals eine Interessenvertretung ermöglicht.

Mehr Transparenz zu schaffen, war ein wichtiges Anliegen für die Gesetzesnovelle. Es muss regelmäßig über den Einsatz von Drittmitteln berichtet werden, wobei die Rechte Dritter entsprechend den Vorschriften des Informationsfreiheitsgesetzes gewahrt bleiben. Wie in zahlreichen anderen öffentlichen Leitungsfunktionen auch, werden die Gehälter der Hochschulrektor*innen künftig jährlich veröffentlicht.

Auch die Studienbedingungen werden verbessert. Der Studienerfolg soll im Mittelpunkt stehen und die reine Prüfungsbelastung im Zuge der Bologna-Reform endlich auf ein angemessenes Maß begrenzt werden. Die Anwesenheitspflicht in Seminaren und Vorlesungen ist nun abgeschafft. Die Übergänge vom BA- zum MA-Studium werden erleichtert und auch ein Teilzeitstudium ist jetzt möglich.

Blickt unsicheren Zeiten entgegen: Die Bielefelder Mufflonherde. Laut Novelle des Jagdgesetzes soll der Wildbestand zu Gunsten der Naturverjüngung des Waldes stärker reglementiert werden. Es könnte eng für die Muffel werden.

Ökologisches Jagdgesetz

Hauskatzen gehören nicht in das Visier von Jäger*innen. Bisher werden noch jährlich 10.000 Katzen in NRW abgeschossen, obwohl sie nachweislich keine Gefahr für jagbare Wildtiere darstellen. Der Abschuss von Hauskatzen und Hunden wird deshalb mit dem neuen, ökologischen Jagdgesetz, für das die Landesregierung im September den Entwurf vorgelegt hat, untersagt. Ebenso stärkt das neue Gesetz den Tierschutz durch das Verbot von Totschlagfallen und der Baujagd.

Doch nicht allein der Tierschutz wird gestärkt: Im Mittelpunkt steht der Schutz der Wälder durch ein neues Wildtier-Management. Zum Beispiel wird die Jagdzeit für Rehböcke ausgedehnt, um den Verbiss an Bäumen zu senken. Biotope müssen besser erhalten und Tiere, die vom Aussterben bedroht sind, geschützt werden. Im neuen Gesetz ist deshalb klar geregelt, dass Tiere, die auf der Roten Liste stehen, nicht mehr gejagt werden dürfen. Die Gesetzesnovelle stellt damit einen sehr guten Kompromiss zwischen den Anforderungen der Jagd, der Ökologie und des Tierschutzes dar.

Kulturfördergesetz

Die Beratungen zu diesem Gesetz wurden jetzt aufgenommen. Damit soll die Kulturförderung gesetzlich geschützt werden. Auch Kommunen in der Haushaltssicherung können über Vereinbarungen mit dem Land mit dem neuen Gesetz die Unterstützung ihrer kommunalen Kultureinrichtungen absichern. In einem transparenten Verfahren soll eine jährliche Kulturberichterstattung erfolgen. Ein fünfjährlicher Kulturförderplan des Landes garantiert Nachhaltigkeit im Verfahren. Die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen spielt dabei eine besondere Rolle.

Termine - Wann & Wo

Sa, **04.10.2014**	14.00 - 16.00	**Kuchen *fair*teilen** - Erntedankfest-Kuchentafel der Bielefelder Kirchengemeinden - Jahnplatz
Fr, **24.10.2014**	18.00 - 21.00	**18. Böll-Forum NRW „Besser wirtschaften?! - Gesellschaft & Nachhaltigkeit“** - Ravensberger Spinnerei (VHS), Großer Saal Anmeldung unter *info@boell-nrw.de*
Mo, **27.10.2014**	19.30	**BZV-Treffen** - Hauptthema: Radverkehr
Mi, **29.10.2014**	19.00	**Neuentreffen** für neue Mitglieder & Interessierte - KV-Büro
Fr, **31.10.2014**	14.00 - 16.00	Verleihung **Bielefelder Integrationspreis 2014** mit **Cem Özdemir** - Ratssaal, Neues Rathaus
21. – 23.11.2014	ganztägig	**BDK in Hamburg**

Regelmäßige grüne Termine:

AG Europa	jeden zweiten Donnerstag, jeweils 19.00 im KV Büro **Termine:** 02.10./16.10./30.10./13.11./27.11./11.12.
Café International	jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 - 14.00 im KV-Büro **Termine:** 04.10./01.11./6.12. **Infos:** *jens.burnicki@gruene-bielefeld.de*
AG Migration	**Infos:** *jens.burnicki@gruene-bielefeld.de*

... und immer montags:

16.30 - 18:00 - Arbeitskreise der Fraktion

18:00 - 19:30 - Fraktionssitzung

(Sitzungen finden im Alten Rathaus statt, entweder in Fraktionsbüro oder Nahariya-Raum)

Aktuelle Termine auch unter *www.gruene-bielefeld.de*